

Dorothee Braun

PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN RUANDA - KAGAME ZUM DRITTEN

Auf einen Blick

Die Stabilität des politischen Systems in Ruanda basiert auf einer Symbiose von demokratisch verbrämter autokratischer Herrschaft und erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung, die die Basis für ökonomisch-soziale Umverteilungsprozesse schafft. Ruanda ist insbesondere hinsichtlich technischer Innovation und wirtschaftlichem Wandel zweifellos eines der erfolgreichsten Länder in Afrika.

Obwohl die *Rwanda Patriotic Front* (RPF) seit Jahren den politischen Raum dominant besetzt, nach offiziellen Angaben mit jeweils mehr als 90 Prozent der Wählerstimmen legitimiert, lässt sie Kritik, abweichende Meinungen oder gar politische Opposition nicht zu. Die versteckte Fragilität der Situation zeigt sich vor allem im Ausmaß von Kontrolle und Unterdrückung der wenigen oppositionellen Kräfte im Land –dies war auch bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen erneut der Fall.

International wird Ruanda von der „Gebergemeinschaft“ immer wieder als afrikanisches Erfolgsmodell vorgeführt. Dabei wird die dubiose Rolle der Kagame-Regierung im Ostkongo gern übersehen. Innerhalb der Ostafrikanischen Gemeinschaft zählt Ruanda neben Kenia zu den Verfechtern einer engen Bindung an die Europäische Union. Ruanda ist auch unter jenen Ländern, in denen der von den G20 initiierte „Compact with Africa“ beispielhaft umgesetzt werden soll.

Die Präsidentschaftswahl in Kürze

- Die RPF übernahm 1994 die Macht. Paul Kagame, Führungsfigur der RPF, ist seit 2000 Präsident.
- Am 4. August 2017 hielt Ruanda seine dritte pluralistische Präsidentschaftswahl ab. Mit offiziellen 98,79 Prozent der Stimmen wurde Paul Kagame für weitere sieben Jahre im Präsidentenamt bestätigt. Der unabhängige Kandidat Philippe Mpayimana erhielt 0,73 Prozent, die *Democratic Green Party* mit Kandidat Frank Habineza 0,48 Prozent der Stimmen.
- Im Dezember 2015 wurde in einem nationalen Referendum eine Verfassungsänderung, die Kagame eine dritte Amtszeit ermöglicht, mit 98,4 Prozent Zustimmung beschlossen. Reduziert wurde zwar auch die Dauer des Mandates von derzeit sieben auf fünf Jahre, da aber die Verfassungsänderung erst 2024 in Kraft tritt, steht dem gegenwärtigen Präsidenten damit die Möglichkeit offen, das Land bis zum Jahr 2034 zu regieren.
- In Ruanda bildet das Abgeordnetenhaus mit 80 nach Sitzzuteilungsverfahren gewählten Abgeordneten (gewählt werden Parteien nicht Abgeordnete) und der 26 Mitglieder starke Senat die Legislative. Der Senat setzt sich aus teils indirekt gewählten, teils berufenen Mitgliedern zusammen. Parlamentswahlen fanden 2003, 2008 und 2013 statt. Die RPF sicherte sich in beiden Häusern jeweils die Mehrheit. Gemeinsam mit der RPF als stärkster Partei bilden vier kleine Parteien (Rwandan Socialist Party, Centrist Democratic Party, Ideal Democratic Party, Party for Progress and Concord) ein Wahlbündnis. Die nächsten Wahlen sind für 2018 vorgesehen.

Mehrparteiensystem und Identitätspolitik

Die Geschichte des Mehrparteiensystems in Ruanda ist eng mit ethnischer Radikalisierung¹ und politischer Machtabsicherung verbunden. 1990 führte der damalige Präsident Juvénal Habyarimana (Hutu), auf Druck internationaler Geber, Reformen durch, die 1991 in einer Verfassungsänderung gipfelten, mit der der Aufbau von politischen Parteien erlaubt und Mehrparteienwahlen eingeführt wurden. Gleichzeitig begann die von Ruandischen Tutsi-Flüchtlingen gegründete RPF als Rebellenarmee aus dem Exil in Uganda einen Bürgerkrieg gegen die Regierung Habyarimana. Beide Entwicklungen bildeten den Nährboden für das Anwachsen extremistischer Parteien und deren paramilitärischer Flügel. Wachsende soziale, ökonomische und politische Spannungen und eine drastische Radikalisierung entlang »ethnischer« Linien gipfelten 1994 in einem Genozid, dem in nicht mehr als 100 Tagen 800.000 Tutsi und vermeintliche Sympathisanten unter den Hutu und Twa zum Opfer fielen. Die Intervention der RPF beendete den Genozid während der Westen tatenlos zusah und stellte eine Übergangsregierung auf. Nach internen Machtkämpfen wurde Paul Kagame 2000 zum Präsidenten gewählt. In den darauffolgenden Präsidentschaftswahlen 2003, 2010 und 2017 erzielte er jeweils Ergebnisse mit mehr als 90 Prozent der Wählerstimmen.

Das Wahlgesehen in Ruanda ist mit der kollektiven Erfahrung des Völkermordes und Etablierung der RPF als Regierungspartei eng verknüpft. Die mit der Einführung des Mehrparteiensystems einhergehende ethnische Radikalisierung schürt noch heute Ängste. Um rassistischen Stereotypen und Vorurteilen wirksam zu begegnen, wurden ethnische Kategorien aus dem öffentlichen Diskurs und dem politischen Raum verbannt. Eine Politik der »nationalen Einheit« und Versöhnung wird nunmehr in allen wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens verfolgt. Doch hat diese Politik eine Kehrseite, denn sie legitimiert massive Einschränkungen in der Freiheit der Presse oder bei der Gründung politischer Parteien. Das spiegelt sich insbesondere im 2009 verabschiedeten Mediengesetz als auch im Gesetz zur Genozid-Ideologie von 2008, das 2014 geringfügig überarbeitet wurde, wieder.

Aus diesem alles dominierenden geschichtlichen Narrativ erwachsen möglicherweise problematische Folgen im Hinblick auf Identitätskonstruktion, Traumabearbeitung sowie die einseitige Aufarbeitung der Gewaltakte. Denn damit wird das Verhältnis ethnischer Zugehörigkeit neu geordnet, der Raum für Diskussion und die Aufarbeitung einer möglichen Mittäterschaft der RPF an ethnischer Radikalisierung und Vergeltung an Hutus verschlossen, und auf diese Weise eine klare Zuschreibung ethnischer Zugehörigkeit zu der Gruppe der Opfer bzw. der Täter vorgenommen. So definiert das Ruandische Gesetz zur Genozid-Ideologie die ethnische Gruppe der Tutsi als alleinige anerkannte Opfer des Bürgerkrieges.

Kagames Vision einer wissensbasierten Ökonomie

Die RPF hat als erste Regierungspartei ein ehrgeiziges sozio-ökonomisches Entwicklungsprogramm aufgelegt, das keine ethnischen Grenzziehungen kennt. Der Förderung der Jugend wird ein hoher Stellenwert für die Entwicklung des Landes

¹ Die Entwicklung staatlicher Strukturen, politischer Identitäten und politischer Gewalt in der Gegenwart lässt sich nicht ohne die kolonial hergestellten unterschiedlichen rassistischen, sozio-ökonomischen und historischen Kategorien verstehen. Vor allem künstlich geschaffene Ethnizität, die jegliche prä-koloniale eigenständige Geschichte und Kultur ignoriert oder miss-repräsentiert, strukturiert nach wie vor politische und ökonomische Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und trägt erheblich zur Dynamisierung von Identitätspolitik und politischer Gewalt bei. Die heutigen ethnischen Gruppen in Ruanda (Tutsi, Hutu und Twa) sind „Erfindungen“ der Kolonialadministration, die diese gesellschaftlichen Kategorien vor allem nach deren Wirtschaftsbasis (Tutsi = Rinderzüchter; Hutu = Bauern; Twa = Jäger und Sammler) mehr oder weniger willkürlich definierten.

eingräumt. Die offiziellen Zahlen sprechen von einem Rückgang des Anteils der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben von 57 Prozent in 2006 auf 39 Prozent in 2015. Doch wird diese Tendenz, die Verarmung auf dem Land zu mindern, durch eine Inflation bedroht, die im letzten Jahr über sieben Prozent lag. Die Staatsverschuldung liegt bei 45 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – das ist unter anderem die Ursache für das Werben um internationale Investoren. Nach wie vor weist der Binnenstaat mit der größten Bevölkerungsdichte in Afrika die größte Einkommensungleichheit im Vergleich zu den ostafrikanischen Ländern Uganda, Tansania und Kenia auf – allerdings mit absteigender Tendenz.

Kagames Vision ist das Land von einer landwirtschaftlich basierten zu einer wissensbasierten Ökonomie zu entwickeln. Investitionen in Tourismus, Wohnraum, Innovationen, wie Informations- und Kommunikationstechnologien, sind darin zentral. Ruanda hat enorme Fortschritte in den Bereichen Bildung und Gesundheit erzielt. Über 60 Prozent der ruandischen Abgeordneten sind weiblich. Der Kampf gegen Korruption und Unterschlagung von Löhnen ist dank des breiten Einsatzes moderner drahtloser Datenerfassung und -übertragung auch in der Landwirtschaft weit verbreitet, von der bis heute 70 Prozent der Menschen abhängig sind. So werden bspw. Erntegewichte elektronisch erfasst, der pro Einheit festgelegte Lohn berechnet und entsprechend ausgezahlt. Für das Jahr 2017 sieht der IWF ein Wachstum von 6,2 Prozent voraus. Mit diesen Erfolgen, wie auch wegen des günstigen Wirtschafts- und Investitionsklimas, sichert sich die Regierung die Unterstützung internationaler Geber. Weniger aus Wahlsiegen, sondern vielmehr aus der wachsenden Bedürfnisbefriedigung und dem Wiederaufbau des Landes leitet sie ihre Legitimation ab.

Ambivalenz internationaler Politik

Die Vielschichtigkeit der Politik Kagames erfordert von den internationalen Gebern hohe Analysekapazitäten, ein kohärentes Vorgehen und umfassende Risikobewertungen. UN-, Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen werfen dem Präsidenten die Verletzung von Bürger- und Menschenrechten und zudem die Beteiligung im Ostkongokonflikt vor. Ob und inwieweit diese Vorwürfe bei Investitionsentscheidungen berücksichtigt werden, ist unklar. Das Interesse potentieller Investoren, wenngleich in geringerem Ausmaß als in den Ländern Kenia und Uganda, nimmt jedenfalls zu. Der Umfang ausländischer Direktinvestitionen ist zwischen 2004 und 2014 um das 35fache angestiegen. Dennoch sichert die Entwicklungshilfe nach wie vor etwa 40 Prozent des Staatshaushaltes ab. Damit tragen die Geber eine Mitverantwortung an der Ausrichtung der Politik Ruandas. Als eines der ersten Länder hat sich das Land erfolgreich für den „Compact with Africa“ beworben; eine Initiative, die im Rahmen der deutschen G20 Präsidentschaft entwickelt und bezeichnenderweise von den Finanzministerien und Notenbankgouverneuren – unter anderem zur Absicherung neuer Märkte für deutsche Unternehmen – betreut werden soll. Hier stehen Verbesserungen des Investitionsklimas für privatwirtschaftliche Akteure ganz oben auf der Agenda.

Doch lehnte die Europäische Union es erstmalig ab sowohl Experten zur Risikoanalyse als auch Wahlbeobachter nach Kigali zu entsenden. Ihre Entscheidung begründet die EU mit mangelnder Notwendigkeit einer engen Begleitung der Wahlen sowie mit Ressourcenknappheit.

Wahlkampf und oppositionelle Kräfte

Anders als die EU haben sowohl das Wirtschaftsbündnis Gemeinsamer Markt für das Östliche und Südliche Afrika (Comesa), die Afrikanische Union wie auch die Ostafrikanische Gemeinschaft Wahlbeobachter nach Ruanda entsandt.

Am 14. Juli wurde der Wahlkampf offiziell eröffnet. Drei Wochen blieben der 2013 gegründeten *Democratic Green Party* und ihrem Kandidaten Dr. Frank Habineza als der

einzigsten von der Wahlkommission anerkannten kritischen Oppositionspartei, sowie dem unabhängigen Kandidat Philippe Mpayimana ihre Programme vorzustellen. Ihre Auftritte fanden nur mäßige Beachtung. Der Wahlkampf der Grünen wurde durch junge Menschen unterstützt. In seinen Reden artikuliert der unabhängige Kandidat seine Wahlversprechen jedoch klarer und diskreditierte seine Widersacher weniger als Frank Habineza. Unterstützer, bzw. Parteimitglieder wurden nicht verhaftet, bedroht oder verfolgt, aber mit Einschränkungen in der Wahl der Veranstaltungsorte und Festlegungen für Wahlkampfveranstaltungen durch die Nationale Wahlkommission konfrontiert.

Ganz anders Paul Kagame, den tausende Ruander/innen begleiteten, unterstützt von führenden Musikern, omnipräsent auf Fahnen und Bannern quer durch das gesamte Land. In seinen Wahlkampfreden forderte Präsident Kagame seine Partei auf, sich Gedanken zu seiner Nachfolge zu machen. Schwerpunkte setzte er bei den Themen Kontinuität, Frieden und Nachhaltigkeit. In der Zusammenarbeit mit Mitgliedern anderer Parteien sieht er ein Mittel, die Vielzahl an Initiativen im Land umzusetzen. Für den Wahlkampf scheute die Partei keine Kosten. Während die RPF auf große finanzielle Ressourcen durch ihre Verbindung in den Privatsektor zurückgreifen kann, ist es anderen Parteien verboten (internationale) Spenden einzuwerben.

Der minimale Spielraum, der sich für die Opposition in diesem Wahlkampf ergeben hat, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die meisten politischen Gegner/innen Kagames im Exil oder im Gefängnis sind bzw. Opfer von Mordanschlägen wurden. Gleiches gilt für eine lange Liste von Journalist/innen, die entweder getötet, ins Exil gezwungen, verhaftet oder verschwunden sind. Es gilt den Blick auch auf die Kritiker/innen zu richten, die wie ihre Unterstützer/innen seit Bekanntgabe ihrer Kandidatur als öffentliche Personen massiv beschädigt, drangsaliert und bedroht werden. Wenig verwunderlich ist daher auch der Umstand, dass die Wahlkommission in zwei Fällen im Wege intransparenter Verfahren die Kandidatur nicht zugelassen hat. In einem der beiden Fälle kam es im Nachgang zu Hausdurchsuchung und zur Verschleppung aufgrund vorgeblich gefälschter Unterschriften für die Zulassung zur Präsidentschaftskandidatur sowie wegen Steuerhinterziehung. Erst fünf Tage nach ihrem Verschwinden räumen nun die Behörden die Festnahme der Oppositionspolitikerin Diane Rwigara und ihrer Familie ein. Die wiederkehrende Verschleppung von Menschen ist ein gezielter Angriff auf die Kultur des Widerstandes in Ruanda. Die Bemühungen des Regimes, Kritiker/innen zum Schweigen zu bringen, wenn sie das Narrativ von guter Regierungsführung und florierender Entwicklung Ruandas in Frage stellen, entlarvt umgekehrt dessen Fragilität und Anfälligkeit.

Das »Hörbare Nicht-Aussprechbare« zeigt sich auch in der vorläufigen Stellungnahme der zivilgesellschaftlichen Wahlbeobachtungskommission Ruandas, CSEOM, in der 357 Wahlbeobachter/innen mitwirkten. Sie enthält Hinweise auf Behinderung der Teilnahme an Wahlkampfveranstaltungen der Opposition, Regelverletzung der Präsidentschaftskandidaten, fehlende Namen auf den Wählerlisten – alles Vorfälle, die rasch und ohne Aufsehen geahndet oder geklärt wurden. Schlussfolgernd bewertete auch CSEOM die Wahl als fair und frei. Ihr Ergebnis spiegle den Willen der Wählerinnen und Wähler Ruandas wieder.

Die Wahlen in Ruanda sind friedlich, mit hoher Beteiligung – auch in der Diaspora – erfolgt. Dafür erhält das Land Anerkennung. Doch gilt es die Berichte derer in Entscheidungen über eine Zusammenarbeit mit Partnern in Ruanda mit einzubeziehen, die der Alternativlosigkeit müde geworden, sich zur Teilnahme an Wahlveranstaltungen genötigt oder ihrer Stimme beraubt sehen.

Dorothee Braun leitet das Regionalbüro Ostafrika der RLS in Dar es Salaam.